

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

*Ausschuss für konstitutionelle Fragen*

**2006/2018(BUD)**

11.9.2006

## **STELLUNGNAHME**

des Ausschusses für konstitutionelle Fragen

für den Haushaltsausschuss

zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das  
Haushaltsjahr 2007  
(C6-0000/2006 – 2006/2018(BUD))

Einzelplan III – Kommission

Verfasser der Stellungnahme: Carlos Carnero González

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. in der Erwägung, dass der Europäische Rat in den Schlussfolgerungen seiner Tagung vom 15. und 16. Juni 2006 in Brüssel sein Engagement für eine erfolgreiche Fortsetzung des Prozesses zur Ratifizierung des Verfassungsvertrags zum Ausdruck gebracht, einen Fahrplan für die nächsten zwei Jahre vorgelegt und erklärt hat, dass die vorläufige Bewertung der Reflexionsphase bezüglich der Zukunft Europas ergibt, dass „ein verstärkter Dialog mit den Bürgern“ ... „angemessene Mittel und entsprechendes Engagement“ erfordert<sup>1</sup>,
- B. in der Erwägung, dass das Parlament die Kommission in seiner Entschließung vom 14. Juni 2006 zu den nächsten Schritten für die Reflexions- und Analysephase zur Zukunft Europas aufgefordert hat, „ihren Plan D für die zweite Stufe der Reflexionsphase anzupassen und ausreichend Finanzmittel für die geplanten Aktivitäten bereitzustellen“<sup>2</sup>,
- C. in der Erwägung, dass die Kommission in ihrem Vorschlag für einen Beschluss über das Programm „Bürger/innen für Europa“ für den Zeitraum 2007-2013 zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft<sup>3</sup> erklärt hat, dass das Programm u.a. zu dem allgemeinen Ziel beitragen soll, Aktivitäten und Institutionen zu unterstützen, die „Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zur Interaktion und zur Partizipation am Aufbau eines immer stärker zusammenwachsenden Europas geben“ und „eine europäische Identität stiften“<sup>4</sup>,
- D. in der Erwägung, dass der Haushaltsvorentwurf (HVE) 2007 nach der Annahme des Finanzrahmens 2007-2013 eine gewisse Umstrukturierung der Ausgaben im Zusammenhang mit der Debatte über den Verfassungsvertrag zur Folge hat, indem die ständige Finanzierung mehrerer Institutionen und Organisationen von europäischem Interesse in drei Legislativprogrammen (Bürger für Europa, Kultur 2007 und Lebenslanges Lernen) zusammengefasst wird,
  1. erinnert daran, dass Kommunikations- und Bildungsprogramme das geeignete Instrument für eine bessere Unterrichtung und Einbeziehung der Bürger in die Debatte über den Verfassungsvertrag sind und dass sie die wichtigste Möglichkeit der Unterstützung für die in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates im Jahr 2006 festgelegte „Roadmap“ auf dem Wege zur Verfassung darstellen;
  2. bedauert, dass derzeit zahlreiche europäische Bürger in der weiteren Integration der Europäischen Union keine Vorteile erkennen; stellt jedoch fest, dass gleichzeitig eine Mehrheit der Bürger in den meisten Mitgliedstaaten eine transparentere und effizientere Verfassungsregelung für die EU und ihre Politiken begrüßen würde;

---

<sup>1</sup> Dok. 10633/06.

<sup>2</sup> *Angenommene Texte*, P6\_TA(2006)0263.

<sup>3</sup> KOM(2005)0116.

<sup>4</sup> KOM(2005)0116.

3. bekräftigt erneut, dass Kommunikationstätigkeiten nur zufrieden stellend durchgeführt werden können, wenn wissenschaftliche Einrichtungen, Stiftungen (einschließlich derjenigen der politischen Parteien), regionale und lokale Behörden, die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft (insbesondere Jugend- und Frauenorganisationen) aktiv dazu beitragen, und dass sie Finanzmittel aus dem EU-Haushalt benötigen, um diese Aufgaben durchführen zu können; ist daher der Auffassung, dass die im HVE 2007 für das Prince-Programm „Debatte über die Zukunft Europas“ und die Informationsrelais der Union vorgeschlagenen Mittel nicht ausreichen und gegenüber den Ausgaben des Jahres 2006 im Hinblick auf die laufende Reflexionsphase und die Analyse erheblich aufgestockt werden müssen;
4. betont, dass verschiedene Institute und Organisationen die Debatte über die Zukunft Europas hervorragend unterstützt haben; ist daher besorgt über die, im Legislativverfahren zur Annahme des Programms „Europa für die Bürger“ deutlich gewordene, Absicht des Rates, die strukturelle Unterstützung für einige im europäischen Interesse tätigen Institute auf drei Jahre (2007-2009) zu beschränken; ist entschlossen, für diese Forschungs- und Bildungseinrichtungen eine angemessene ständige Finanzierung über die jetzige Reflexions- und Analysephase hinaus sicherzustellen, da es davon überzeugt ist, dass sie auf Dauer wichtige Aufgaben wahrzunehmen haben;
5. betont, dass die von der Kommission vorgeschlagene Erhöhung der Mittel für diese Institute nicht in allen Fällen ausreichend ist, um die vor ihnen liegenden Herausforderungen bewältigen zu können;
6. begrüßt die jüngsten Anstrengungen des Rates und des Parlaments, die Bürger besser in ihre tägliche Arbeit einzubeziehen, insbesondere bezüglich der Transparenz der Gesetzgebung und der politischen Debatte über sensible Themen wie Globalisierung und Erweiterung; verpflichtet sich ferner, diese Aktivitäten zu verstärken, und ersucht den Rat, sich diesem Vorgehen anzuschließen.

## VERFAHREN

<b>Titel</b>	Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2007: Einzelplan III – Kommission	
<b>Verfahrensnummer</b>	2006/2018(BUD)	
<b>Federführender Ausschuss</b>	BUDG	
<b>Stellungnahme von</b> Datum der Bekanntgabe im Plenum	AFCO	
<b>Verstärkte Zusammenarbeit – Datum der Bekanntgabe im Plenum</b>		
<b>Verfasser(-in) der Stellungnahme</b> Datum der Benennung	Carlos Carnero González 21.2.2006	
<b>Ersetzte(r) Verfasser(-in) der Stellungnahme:</b>		
<b>Prüfung im Ausschuss</b>	12.7.2006	11.9.2006
<b>Datum der Annahme</b>	11.9.2006	
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+: 9 -: 2 0: 0	
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	James Hugh Allister, Carlos Carnero González, Andrew Duff, Ingo Friedrich, Bronisław Geremek, Genowefa Grabowska, Daniel Hannan, Sylvia-Yvonne Kaufmann, Rihards Pīks, Johannes Voggenhuber, Bernard Piotr Wojciechowski	
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(-innen)</b>		
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)</b>		
<b>Anmerkungen (Angaben nur in einer Sprache verfügbar)</b>		